



Jugend und Parlament 2008 - Vorlage Weltsicherheitsrat -

Hintergrundinformationen zum Antrag zu einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat

Einige bekannte Außenpolitiker der Großen Koalition aus KVP und APD haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag das Interesse Deutschlands an einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erneut bekunden und die Bundesregierung zu entsprechenden Schritten auffordern soll.

Hintergrund des Antrages

Die **Vereinten Nationen** (VN, entsprechend des englischen Namens *United Nations* auch im deutschen Sprachraum oft UN genannt – daneben ist auch UNO für *United Nations Organization* gebräuchlich) sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von 192 Staaten. Ihre wichtigsten Aufgaben sind die Sicherung des Weltfriedens und der Einhaltung des Völkerrechts sowie der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Ein zentrales Organ der Vereinten Nationen ist der **Weltsicherheitsrat**. Die entsandten der dort vertretenen Regierungen können dort bindende und durchsetzbare Beschlüsse fassen. Beschlossen werden können beispielsweise friedenssichernde- und friedenserzwingende Maßnahmen sowie nichtmilitärische Druckmittel wie z. B. Handelsembargos.

Kapitel 5, Artikel 25.1 der Charta der Vereinten Nationen bestimmt:

Um ein schnelles und wirksames Handeln der Vereinten Nationen zu gewährleisten, übertragen ihre Mitglieder dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und erkennen an, dass der Sicherheitsrat bei der Wahrnehmung der sich aus dieser Verantwortung ergebenden Pflichten in ihrem Namen handelt.

Artikel 24.1 bestimmt über dessen Zusammensetzung:

Der Sicherheitsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern der Vereinten Nationen. Die Republik China, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland sowie die Vereinigten Staaten von Amerika sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrats. Die Generalversammlung wählt zehn weitere Mitglieder der Vereinten Nationen zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats; hierbei sind folgende Gesichtspunkte besonders zu berücksichtigen: in erster Linie der Beitrag von Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Verwirklichung der sonstigen Ziele der Organisation sowie ferner eine angemessene geographische Verteilung der Sitze.

Der Weltsicherheitsrat hat bis heute 5 ständige Mitglieder (wobei an die Stelle der Republik China, d.h. Taiwan, 1971 die Volksrepublik China getreten ist und Russland 1991 den Sitz der Sowjetunion übernommen hat).

Die Bundesrepublik Deutschland ist (gleichzeitig mit der DDR) den Vereinten Nationen erst 1973 beigetreten, hat allerdings schon seit den 50er Jahren aktiv in Unterorganisationen mitgearbeitet. In den Jahren 1977/78 und 1987/88 war die Bundesrepublik, 1980/81 die DDR als nichtständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat. Das vereinte Deutschland war dort 1995/96 und 2003/04 vertreten.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wird über eine Reform der Vereinten Nationen diskutiert. Insbesondere bezogen auf den Weltsicherheitsrat werden allgemein Anpassungen an die aktuelle globale Situation für notwendig gehalten. Einerseits werden Japan und Deutschland aufgrund ihrer politischen Bedeutung aber auch weil sie wichtige Beitragszahler zum Haushalt der Vereinten Nationen sind, häufig als mögliche Mitglieder ins Spiel gebracht. Andererseits wird von vielen bemängelt, dass die gegenwärtige Zusammensetzung des Weltsicherheitsrates ausschließlich die nördliche Halbkugel berücksichtige und eine Dominanz der westlichen Staaten bedeutete.

Nach anfänglichem Eintreten für einen Sitz der EU bemühte sich die Bundesregierung etwa ab dem Jahr 2000 um einen nationalen deutschen Sitz. Innerhalb der „Gruppe der Vier“ (G4: Japan, Brasilien, Indien und Deutschland) wurde vereinbart, gemeinsam für 5 weitere ständige Sitze im Weltsicherheitsrat einzutreten – einer davon sollte einem afrikanischen Land zukommen.

Eine Reihe von Ländern startete diplomatische Bemühungen, um dies zu verhindern. Italien sträubte sich dagegen, im Vergleich zu den anderen großen EU-Staaten deutlich schlechter gestellt zu werden und somit von weltpolitischen Fragen ausgeschlossen zu sein. Afrikanische Staaten fühlen sich generell zurückgesetzt. Korea und China stellten sich insbesondere gegen eine Erweiterung um Japan. Die USA hielten sich bis zum Ende bedeckt. Schließlich fand sich im September 2005 keine trotz intensiver diplomatischer Bemühungen nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit in der VN-Generalversammlung (in der alle 192 Mitgliedsstaaten mit jeweils einer Stimme vertreten sind.)

Nachdem die Bundesregierung seither wiederholt den Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz bekräftigt hat, geht es nun darum, ob diesbezüglich ein neuer internationaler diplomatischer Vorstoß unternommen werden soll.

Antrag

von Abgeordneten der Fraktion der KVP und der Fraktion der APD

Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. weiterhin auf eine dringend notwendige Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) hinarbeiten und die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands aufrechtzuerhalten,
2. gegenüber den europäischen Partnern klarzustellen, dass hiermit keine Abkehr vom Bestreben der Bundesrepublik Deutschland zum Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union verbunden ist.

Berlin, den 25. Mai 2008

Die Antragsteller

Begründung des Antrags

Der Deutsche Bundestag verabschiedet diesen Antrag:

- auf Basis der Verpflichtung des Grundgesetzes, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“,
- im Wissen, dass die Vereinten Nationen nach wie vor dringend reformbedürftig sind,
- in Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland der drittgrößte Beitragszahler der Vereinten Nationen ist,
- unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rolle, die Deutschland heute im Rahmen internationaler Militäreinsätze spielt,
- in Anerkennung der besonderen Bemühungen, die die Bundesregierung aktuell in enger Abstimmung mit dem Hohen Beauftragten der Europäischen Union, mit Frankreich und Großbritannien sowie den übrigen Ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrates im Zusammenhang mit aktuellen Krisen unternimmt.

Die ÖSP hat die Bemühungen des damals von ihr gestellten Außenministers, im Rahmen einer generellen Reform der UN auch einen ständigen Sitz für Deutschland zu erreichen, mitgetragen und für richtig gehalten.

Allerdings ist sie gegen den vorliegenden Antrag, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Weg, eine **Reform** des Sicherheitsrates über die Hereinnahme zusätzlicher großer Staaten zu erreichen, ist **gescheitert**.
2. Es ist offenkundig, dass mit diesem Ansatz **kein breiter Konsens** für eine Reform erreicht werden kann, weil immer wichtige Staaten ausgeschlossen bleiben.
3. Bei einer Berücksichtigung mehr oder weniger großer Einzelstaaten wird auch immer ein **regionales Ungleichgewicht** bestehen bleiben. Europa ist schon jetzt überrepräsentiert, Afrika kann kaum angemessen vertreten werden, weil es dort keinen Staat mit global relevantem Machtpotential gibt.
4. Mit einem Festhalten am Streben nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat würde Deutschland erneut einen **zum Scheitern verurteilten Versuch unternehmen**, weil sich an der Gesamtsituation nichts geändert hat.

Die ÖSP tritt vielmehr dafür ein, einen gänzlich neuen Ansatz für Reformanstöße zu wählen, der aus den Erfahrungen des letzten Versuches Lehren zieht und gänzlich neue Perspektiven eröffnet:

- Deutschland sollte sein politisches Gewicht dafür einsetzen, dass die Forderung nach einer „**angemessenen geographischen Verteilung**“ der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat (vergl. Art. 24.1 der VN-Charta) endlich erfüllt wird. Den Erdteilen oder Weltregionen (Afrika, Arabien, Australien & Ozeanien, Europa, Nordamerika, Südamerika, Südostasien) stehen Sitze entsprechend ihres Anteils an der Weltbevölkerung zu.
- **Je nach regionalen Gegebenheiten** könnten einzelne Staaten dauerhaft oder eine Anzahl von Staaten in einer Art Rotation dem Weltsicherheitsrat angehören.
- Darüber hinaus sollten die Regeln der Vereinten Nationen es künftig ermöglichen, dass auch supranationale Organisationen eine ganze Region verbindlich vertreten können. Mit Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages wird die EU Rechtspersönlichkeit und damit die Fähigkeit erhalten, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik direkt (das heißt nicht über ihre Mitgliedstaaten) zu agieren, zu verhandeln und Vereinbarungen zu schließen. Damit bestehen dann die Grundlagen dafür, dass die **EU zur globaleren Vorreiterin einer faireren und demokratischeren politischen Struktur** werden kann.